

Gespräch Dietmar Grabner, Vorstand IEDF, mit Max Straubinger MdB am 15. Mai 2012 in Landau a. d. Isar

In einem Gespräch von 1,5 h Dauer haben meine Frau und ich unseren Standpunkt darlegen können. Wir haben nahezu alle Argumente der IEDF vorgebracht, konnten damit zunächst keinen sichtbaren Eindruck machen. Argumente wie den Staatsvertrag vom 18. 5. 1990, die widerrechtliche Einbeziehung von Bundesbürgern in das RÜG, sowie die Urteile des BSG, die Aussagen von Baumann und des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages interessieren ihn nicht.

Auch die Ehrenerklärung des Bundestages für die ehemaligen DDR-Flüchtlinge hört er ohne jegliche Reaktion. In der Diskussion vertritt Max Straubinger immer wieder den Standpunkt wie wir ihn von Weiß und Schiewerling kennen.

Allerdings vertritt er die Auffassung, dass wir mit dem Übertritt in die Bundesrepublik sofort Bundesbürger geworden sind und nicht erst am 3.10.1990.

Unsere Argumente hörte er sich völlig teilnahmslos an. Wie üblich, bedauerte er unsere Situation, aber schließlich kann man daran nichts ändern, ohne neue Ungerechtigkeiten zu erzeugen.

Er wusste aber, dass DDR-Rentner trotz niedrigerer Bewertung ihrer Entgeltpunkte mehr Rente bekommen, als ein Betroffener, der durch das RÜG bestraft wird. Das sei aber so und Ungerechtigkeiten gibt es überall, so seine Meinung.

Übereinstimmung in gewissen Umfang gab es nur bei der Diskussion zu den **Renten-Privilegierungen der ehemaligen DDR- Stasi und Militärmitarbeiter. Nach seiner Auffassung war das Urteil des BVerfG politisch gewollt, unterstützt durch Ministerien** aus dem Beitrittsgebiet.

Für ihn ist unerklärlich, dass unser Petitionsverfahren nach 6 Jahren immer noch nicht abgeschlossen ist.

Heftig haben wir über das deutsch-polnische Sozialabkommen diskutiert. Er war der Auffassung, dass auch die Polen nur noch 60 % des FRG erhalten.

Nachdem wir ihn mit den Folgen der Einbeziehung der DDR-Flüchtlingsgeneration in das RÜG konfrontiert hatten (unsere Tabellen mit Entgeltpunkten für Erwerbstätigkeit in der DDR nach FRG, RÜG ohne FZR, AAÜG und dem Vergleich zu einem Hilfsarbeiter), war er etwas überrascht und hat sich diese Blätter einbehalten.

Wir haben über die Lösungsvorschläge der SPD und Grünen diskutiert und warum nach deren Ablehnung keine Vorschläge von der CDU/CSU kämen. Auf unser Drängen konnten wir von ihm hören, dass eine Lösung nur die Rückkehr zum FRG für die Betroffenen sein kann, das allerdings ohne Rückzahlungen. Sofort kam aber der Rückzieher: Dafür fände sich keine Mehrheit in der Union. Wahrscheinlich wurde ähnliches im Ausschuss für Arbeit und Soziales schon mal diskutiert. Das hätte allerdings zur Folge, dass eine Flut von Klagen zu erwarten wäre, wenn alle Betroffenen FRG erhalten. Dann würden diejenigen klagen, die in die FZR eingezahlt haben und nun Rente nach FRG und FZR verlangen. Es war ihm nicht zu vermitteln, dass eine gesetzliche Regelung vorliegt, die das ausschließt. Das entsprechende BSG – Urteil ignoriert er einfach.

Neben z. T. erheblicher fehlender Kenntnisse der realen Sachlage und der völligen Ignoranz unserer Argumente, fehlt offensichtlich der politische Wille, eine Änderung herbei zu führen. Er ist aber durchaus für weitere Gespräche offen, ich frage mich nur warum!!

Wir waren uns zuvor bewusst, dass wir kaum etwas erreichen würden, aber so viel Teilnahmslosigkeit und Ignoranz bei einem sog. Volksvertreter hat uns dennoch überrascht.

Dietmar Grabner
Vorstand IEDF